



Detailansicht des Registereintrags

Green Legal Impact Germany e.V.

Stand vom 30.06.2026 11:26:29 bis 15.07.2026 15:42:03

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R003270
Ersteintrag:	10.03.2022
Letzte Änderung:	30.06.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	30.06.2026
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation
Kontaktdaten:	Adresse: Green Legal Impact Germany e.V. Oberlandstr. 26-35 12099 Berlin Deutschland Telefonnummer: +4930235977960 E-Mail-Adressen: post@greenlegal.eu Webseiten: www.greenlegal.eu

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen, Öffentliche Zuwendungen, Mitgliedsbeiträge

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

30.001 bis 40.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

0,50

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Dr. Roda Verheyen**
Funktion: Vorstandsmitglied
2. **Tobias Ott**
Funktion: Vorstandsmitglied
3. **Dr. Immo Graf**
Funktion: Vorstandsmitglied
4. **Marcel Keiffenheim**
Funktion: Vorstandsmitglied
5. **Lia Polotzek**
Funktion: Vorstandsmitglied

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (5):

1. **Henrike Lindemann**
2. **Marie Bohlmann**
3. **Franziska Albrecht**
4. **Valentine Wanbing Zheng**
5. **Dr. Roda Verheyen**

Gesamtzahl der Mitglieder:

101 Mitglieder am 09.06.2026, ausschließlich natürliche Personen

Mitgliedschaften (2):

1. Allianz „Rechtssicherheit für politische Willensbildung“ e.V
2. Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzorganisationen (DNR) e.V.

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (15):

Menschenrechte; Außenwirtschaft; Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung"; EU-Binnenmarkt; EU-Gesetzgebung; Öffentliches Recht; Rechtspolitik; Strafrecht; Artenschutz /Biodiversität; Immissionsschutz; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Sonstiges im Bereich "Umwelt"; Bank- und Finanzwesen; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft"

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Green Legal Impact Germany e.V. (GLI) setzt sich für eine Welt ein, in der die Zivilgesellschaft die Möglichkeiten des Rechts demokratisch nutzt und Umwelt-, Naturschutz und Menschenrechte dadurch gestärkt werden. GLI stärkt das Recht als strategisches Mittel für den Umweltschutz, bietet eine Plattform für die Vernetzung von juristischen Expert*innen und die fachliche Unterstützung der Zivilgesellschaft, und berät kleine und große Verbände zu juristischen Strategien.

GLI arbeitet schwerpunktmäßig in vier Bereichen:

- 1) Stärkung der Verbandsklagerechte und andere juristische Querschnittsthemen der Umweltbewegung,
- 2) Weiterbildungen für Umweltjurist*innen,
- 3) Zusammenarbeit mit Anwalt*innen aus dem globalen Süden und
- 4) Juristische Unterstützung der Klimabewegung.

Lobbyarbeit ist eine von vielen Aktivitäten zur Erreichung unserer Ziele und steht nicht im Mittelpunkt der Organisation.

Zu den oben beschriebenen Bereichen, insbesondere zu den Verbandsklagerechten, führen wir Gespräche mit Entscheidungsträger*innen in Ministerien und im Bundestag, treten möglicherweise als Sachverständige in Ausschüssen auf, verfassen wir Stellungnahmen oder nehmen an parlamentarischen Treffen teil.

Konkrete Regelungsvorhaben (7)

1. Reform des UmwRG - Anpassung der Umweltverbandsklagerechte an europa- und völkerrechtliche Vorgaben

Beschreibung:

Green legal Impact setzt sich dafür ein, dass das Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz, welches die Umweltverbandsklagerechte regelt, so reformiert wird, dass Rechtskonformität mit höherrangigem Recht, Beschleunigung von verwaltungsgerichtlichen Verfahren und Rechtssicherheit gewährleistet sind. In diesem Sinne begleitet Green legal Impact die aktuelle Reform des UmwRG aus dem BMUKN: Referentenentwurf eines Gesetzes zur Änderung des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes und weiterer umweltrechtlicher Vorschriften (2025)

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/13081 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes und weiterer umweltrechtlicher Vorschriften

Zuständiges Ministerium: BMUV (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

UmwRG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Öffentliches Recht [alle RV hierzu]; Rechtspolitik [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2407020031 (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 02.07.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

2. SG2407020032 (PDF - 21 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 02.07.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

2. Annahme eines Zusatzprotokolls zur EMRK zum Recht auf eine gesunde Umwelt

Beschreibung:

Die deutsche Bundesregierung soll sich für ein Zusatzprotokoll zum Menschenrecht auf sichere, saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt zur Europäischen Menschenrechtskonvention einsetzen und seine europaweite Annahme aktiv voranbringen und unterstützen.

Interessenbereiche:

Artenschutz/Biodiversität [alle RV hierzu]; Immissionsschutz [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Rechtspolitik [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (3):

1. SG2411210011 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 21.11.2024 an:

Bundesregierung

Auswärtiges Amt (AA) [alle SG dorthin]

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. SG2503110002 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 21.11.2024 an:

Bundesregierung

Auswärtiges Amt (AA) [\[alle SG dorthin\]](#)
Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit
und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

3. **SG2503110003** (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 21.11.2024 an:

Bundesregierung

Auswärtiges Amt (AA) [\[alle SG dorthin\]](#)
Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit
und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

3. **Keine Abschwächung der EU-Lieferkettenrichtlinie im Omnibus-I-Paket der EU-Kommission**

Beschreibung:

Die Bundesregierung soll sich für eine gezielte Überarbeitung des Omnibus-Vorschlags der EU-Kommission unter breiter zivilgesellschaftlicher Beteiligung einsetzen. Es sollten Inkohärenzen behoben werden, ohne die Ziele des EU Green Deals zu gefährden. Die Bundesregierung soll sich dafür einsetzen, dass Änderungen auf der Umsetzungsebene und nicht am grundlegenden Rechtsrahmen erfolgen. CSRD und CSDDD sollen schnellstmöglich in deutsches Recht umgesetzt werden.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/12787 (Vorgang) [\[alle RV hierzu\]](#)

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 und der Richtlinien 2004/109/EG, 2006/43/EG und 2013/34/EU hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen

Zuständiges Ministerium: BMJ (20. WP) [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Bank- und Finanzwesen [\[alle RV hierzu\]](#); EU-Gesetzgebung [\[alle RV hierzu\]](#); Klimaschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Menschenrechte [\[alle RV hierzu\]](#); Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Wirtschaft" [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (3):

1. **SG2503190038** (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 19.03.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [\[alle SG dorthin\]](#)

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. SG2503190039 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 19.03.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

3. SG2504090010 (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 08.04.2025 an:

Bundesregierung

Auswärtiges Amt (AA) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

4. Planungsbeschleunigung neu denken

Beschreibung:

Green Legal Impact setzt sich gegen die Beschneidung der Öffentlichkeitsbeteiligung bei Planungs- und Genehmigungsverfahren ein. Green Legal Impact gibt Anregungen, wie insbesondere für die Ebene des Vollzugs des Umweltrechts sowie zum Bürokratieabbau der erreichte Qualitätsstandard zu Beteiligungsrechten sichergestellt werden kann.

Interessenbereiche:

Öffentliches Recht [alle RV hierzu]; Rechtspolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2506110023 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 21.03.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

5. Umweltschützer*innen vor Einschüchterungsklagen schützen - Nationale Umsetzung der europäischen Anti-SLAPP-Richtlinie

Beschreibung:

Green Legal Impact setzt sich für einen wirksamen Schutz von Umweltschützer*innen vor Einschüchterungsklagen ein und für eine ambitionierte Umsetzung der europäischen Richtlinie 2024/1069 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. April 2024 über

den Schutz von Personen, die sich öffentlich beteiligen, vor offensichtlich unbegründeten Klagen oder missbräuchlichen Gerichtsverfahren („strategische Klagen gegen öffentliche Beteiligung“) in nationales Recht

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [\[alle RV hierzu\]](#); Menschenrechte [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Umwelt" [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2506160022](#) (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 18.03.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

6. **Gesetz zur Änderung des Strafrechts zur Umsetzung der RL über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt**

Beschreibung:

Das Europäische Parlament und der Rat haben am 11.04.2024 die RL (EU) 2024/1203 über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt und zur Ersetzung der RL 2008/99/EG und 2009/123/EG beschlossen (ABl. L, 2024/1203). Mit der Richtlinie sollen in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union Mindestvorschriften für die Definition von Umweltstraftaten und für die Verhängung von Strafen zum Schutz der Umwelt festgelegt werden. So soll eine bessere Durchsetzung des Umweltrechts der EU gewährleistet und Umweltkriminalität wirksamer verhindert und verfolgt werden. Ziel der Tätigkeit zu diesem konkreten Regelungsvorhaben ist es, auf eine möglichst vollständige Umsetzung der Richtlinie im Interesse des Schutzes von Umwelt- und Gemeinwohlbelangen hinzuwirken.

Referentenentwurf:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Strafrechts - Umsetzung der Richtlinie (EU) 2024/1203 über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt (Vorgang) [\[alle RV hierzu\]](#)

Datum der Veröffentlichung: 17.10.2025

Federführendes Ministerium: [BMJV](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Betroffenes geltendes Recht:

[StGB](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Artenschutz/Biodiversität [\[alle RV hierzu\]](#); EU-Gesetzgebung [\[alle RV hierzu\]](#);
Immissionsschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [\[alle RV hierzu\]](#);
Strafrecht [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2512030013](#) (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.11.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)

[alle SG dorthin]

7. Keine Rückabwicklung von Umwelt- und Naturschutz im Infrastruktur-Zukunftsgesetz

Beschreibung:

Wir lehnen die Einschnitte im materiellen Umwelt- und Naturschutz, die im Referent*innenentwurf des Infrastruktur-Zukunftsgesetzes vorgeschlagen werden, vollumfänglich ab. Dazu gehören für uns insbesondere die Annahme eines "überragenden öffentlichen Interesses" für sämtliche Verkehrsinfrastrukturprojekte des Bundes, Ersatzgeldzahlungen statt Ausgleichsmaßnahmen bei Eingriffen in den Naturschutz, Ausnahmen von der Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung sowie die Ausweitung vorläufiger Baumaßnahmen.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 780/25 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Infrastruktur-Zukunftsgesetzes

Zuständiges Ministerium: BMV [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

UVPG [alle RV hierzu]; FStrG [alle RV hierzu]; AEG [alle RV hierzu]; BNatSchG 2009 [alle RV hierzu]; WaStrG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Artenschutz/Biodiversität [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Rechtspolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2601280002 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 15.12.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Verkehr (BMV) [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (2):

1. European Commission

Europäische Union

Brüssel/Belgien

Betrag: 190.001 bis 200.000 Euro

Zwei EU-Projekte des Citizens, Equality, Rights and Values Programme.

1) Promoting rights and values by empowering the civic space (EnviRights)

2) Protecting At-Risk Activists from Threats and Attacks (PARATA)

2. Umweltbundesamt

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Dessau-Roßlau

Betrag: 30.001 bis 40.000 Euro

Recht verständlich: Juristische Bildung für die umweltbewegte Zivilgesellschaft"

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

590.001 bis 600.000 Euro

Beträge über 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (3):

1. European Climate Foundation

Betrag: 70.001 bis 80.000 Euro

Zwei Projekte:

Unterstützung der Zivilgesellschaft mit Bildungsangeboten zu Rechtsfragen und rechtlicher Einordnung von zivilgesellschaftlichem Handlungsspielraum.

Rechtliche Einordnung von Emissionsreduzierung im Transportsektor.

2. Stiftung Mercator GmbH

Betrag: 160.001 bis 170.000 Euro

Projektförderung zur rechtlichen Einordnung des Themas Sustainable Finance.

3. Stiftung Gekko

Betrag: 60.001 bis 70.000 Euro

Zwei Projektförderungen:

Ausbildung von jungen Jurist*innen im Umweltrecht

Webinarangebot für Zivilgesellschaft zu aktuellen rechtlichen Fragestellungen.

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

50.001 bis 60.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

[Jahresabschluss-2024-ohne-Anlagespiegel.pdf](#)